

# Saale-Zeitung.

**Bezugspreis**  
Für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei  
vierteljährlicher Bezahlung 2,75 M., durch  
die Post 3,25 M., einschließlich Postgebühren.  
Bestellungen werden von allen  
Buchhandlungen angenommen.  
Der amtlichen Zeitungs-Verzeichnisse  
unter Nr. 6816 eingetragen.  
Für die Redaktion verantwortlich:  
Max Schörrer in Halle.  
Veröffentlichung von 10<sup>1/2</sup> bis 12<sup>1/2</sup> Uhr.  
[Gesetzlicher Redaktions-Nr. 2932. — Expedition Nr. 174.]

**Anzeigen**  
werden die Expeditionen oder beim  
Stamm mit 30 Pfg., solche aus Halle mit  
20 Pfg. berechnet und in der Expedition,  
von unterm Annahmestellen und allen  
Zimmern-Expeditionen angenommen.  
Bestellen die Zeile 75 Pfg.  
Erhöht wöchentlich postfrei;  
Sonntags und Montags einzeln,  
sonst preiszugänglich.  
[Der Abdruck unserer Original-Anzeigen  
ist nicht gestattet.]

Nr. 480.

Halle a. d. Saale, Dienstag, den 13. Oktober

1903.

## Wahlbündnisse mit der Sozialdemokratie.

Dr. Theodor Barth hat auch auf dem vorgehoren in Berlin abgehaltenen „Parteitag“ der Freisinnigen Vereinigung wieder den Gedanken einer Koalition mit der Sozialdemokratie für die bevorstehenden Landtagswahlen mit Feuer-eifer verfolgt. Es ist ihm also noch immer nicht zum Bewußtsein gekommen, wie sehr der Liberalismus mit einem derartigen Entschluß sein Fundament in Bürgerium selbst untergraben würde, und ebensowenig scheint er sich darüber klar geworden zu sein, ob denn der Einfluß, den ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten auf den Ausfall der Wahlen ausüben könnte, in Wirklichkeit derart groß ist, daß er die Preisgabe der bürgerlichen Selbstachtung, die durch eine solche Koalition vollzogen würde, aufzuwiegen imstande wäre. Darüber, daß ein Kompromiß mit den Sozialdemokraten, das sich natürlich nur auf der von diesen angelegten Grundlage eines Eintretens auch für einen Kandidaten dieser Richtung erreichen ließe, gleichbedeutend sein würde mit einer solchen Preisgabe, kann nach der Stellung, die die sozialistischen Führer auf dem Parteitag in Dresden der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber einnahmen, kaum noch ein Zweifel sein, und es hieße die Ignoranzmanier der Redebauer durchaus verkennen, wenn man selbst einen Augenblick nur glauben wollte, sie würden dieses Einflagens der bürgerlichen in die sozialdemokratischen Hände bei der ersten Gelegenheit nicht weidlich auszunutzen als Beweis für den allmählichen Untergang der politischen Selbständigkeit unseres Bürgeriums.

Das sind Gedanken, die sich so gewaltiam geltend machen, daß man sich in der Tat wundern muß, wie ein so intelligenter Kopf, wie der des Herrn Dr. Barth, sich ihnen dauernd verschließen kann. Zum mindesten hätte ihm und seinem nationalsozialen Anhang angeichts der Opposition, die seitens zahlreicher Delegierten aus der Provinz laut wurde, die politische und tatsächliche Klugheit sagen müssen, daß, wo soviel Abneigung sich zeigt, es richtiger wäre, derartige Ideen fallen zu lassen und für die Wahlen schleunigst die Hände zu waschen, wo unter der gegenwärtigen Konstellation der einzig richtige Weg ist: bei den vereinigten liberalen Parteien. Dann wäre auch der Spalt vermieden worden, der mit der in Berlin beschlossenen Resolution, soweit sie Bezug auf die Landtagswahlen hat, unmissverständlich in die Reihen der freisinnigen Vereinigung getragen ist. Bringt sie den bürgerlichen Standpunkt auch nicht voll zum Ausdruck, so empfiehlt sie doch überall da, wo ein Wahlgebot nicht aus eigener Kraft zu erlangen ist, eine Verständigung mit der Sozialdemokratie, und das genügt schon, die Wählersehnsucht mit Wüstfrauen gegen diese Art von Liberalismus zu erfüllen. Das haben auch die Delegierten aus solchen Wahlkreisen, für die dieser Passus der Resolution eventuell praktische Bedeutung haben konnte, offen zum Ausdruck gebracht, und vor allem der Danziger Oberbürgermeister Ehlers, der bisherige Vertreter Danzigs im Landtag, über die scharfe Kritik an dem Vorgehen Barths, indem er ganz zutreffend erklärte: „Wir schweigen uns mit der andringlichen Resolution den Sozialdemokraten direkt an den Hals, und dabei wollen die Sozialdemokraten uns gar nicht.“ Auch der Herr Braemel urteilte so und mit ihm zahlreiche andere angesehene Männer, die vor Herrn Barth und seinem Berliner Anhang das eine wesentliche voraus haben, daß sie die Stimmung in der Provinz besser kennen als die Barth und Genossen, deren politische Tätigkeit in der Reichshauptstadt sich unter ganz anderen Verhältnissen und Voraussetzungen abspielt, als sie in der Provinz gegeben sind. Die vielfach ausgeprochene Befürchtung, daß die Annahme der Resolution trotz ihrer gegenüber dem bürgerlichen Standpunkte verwässerten Inhalts die tiefe Kluft, die sich in der freisinnigen Vereinigung aufgetan hat, noch erweitern wird, erscheint uns nur zu gerechtfertigt.

Magebend wird und kann für die Wähler doch immer nur das eine bleiben: Ist es den Sozialdemokraten in Wirklichkeit darum zu tun, durch ihre Beteiligung an den Landtagswahlen die reaktionäre Mehrheit zu schwächen, dann müssen sie den bürgerlichen Liberalismus überall da, wo er die meisten Ausichten gegenüber der Sozialdemokratie hat — und das ist in allen Wahlkreisen der Fall — unterstützen, ohne Bedingungen zu stellen, wie sie seitens der sozialdemokratischen Partei gestellt worden sind. Wenn diesen sie nicht, wie es geschehen ist, folgen scheint, dem Liberalismus in den Händen fallen und folgerichtig der Reaktion, statt die Sozialdemokratie zu erleichtern. Tut sie das nicht, dann beweist die Sozialdemokratie nur, daß sie um parteipolitische Selbstzwecke willen an den Wahlen sich beteiligt, und dann werfliche Hilfe zu leisten, wäre für den bürgerlichen Liberalismus politischer Selbstmord. Das kann gar nicht scharf genug und oft genug betont werden. Nicht dadurch öffnet man einer freisinnigen Gestaltung der Gesetzgebung den Bahn, daß man liberale Abgeordnete durch sozialistische ersetzt, sondern nur die Verringerung der konservativen liberalen und freisinnigen diesmal mit einer Einigkeit und Enthusiasmus zutreiben, die mit großer Genugtuung erfüllt und das beste für den Ausgang der Wahlen hoffen läßt. Die Sozialdemokratie überachtet sich unseres Erachtens auch selbst, wenn sie glaubt, auf Grund der bei den Reichstagswahlen erreichten Stimmenzahl ihre

Bedingung stellen zu können. Der entscheidende Faktor bei den Landtagswahlen ist zunächst immer noch die Öffentlichkeit der Stimmabgabe und an dieser dürften, zumal in den gegenwärtig politisch scharf ausgeprägten und wirtschaftlich arg darniederliegenden Zeiten die „Genossen“ doch größeren Anstoß nehmen, als die führenden Personen innerhalb der Sozialdemokratie zu glauben geneigt sind. Wilsch dürfte es ihnen sogar schwer fallen, die entsprechende Zahl von Wahlmänner-Kandidaten aufzubringen, so daß sie, gegen die von ihnen gestellten Bedingungen aufgetrieben, doch außerordentlich leicht ins Gewicht fallen. Das darf aber den bürgerlichen Liberalismus nicht etwa abhalten, mit aller Kraft in die Wahlbewegung einzutreten. Die parteipolitische Situation in den einzelnen Wahlkreisen hat sich diesmal infolge des Zusammengehens der Nationalliberalen und Freisinnigen auf der einen, und der Wahlbeteiligung der Sozialdemokratie auf der anderen Seite so gestaltet, daß es unmöglich ist, den Ausfall der Wahlen mit einiger Sicherheit auch nur zu prognostizieren. Jedenfalls sind Überlegungen nach der einen oder anderen Richtung hin nicht ausgeschlossen und das allein schon legt die Pflicht auf, jetzt schon alles aufzubieten, um das Bürgerium aus seiner Lethargie aufzurütteln. Bei uns in Halle wird der Wahlkampf, wenn auch nur kurz, diesmal aber doch besonders heftig werden, da sich drei Richtungen gegenübersehen und alles aufbieten werden, den Sieg zu erringen. Die größten Chancen hat unmissverständlich die Richtung, die zu zuerst mobil macht, und das soll hiermit geschehen sein. Die vereinigten Nationalliberalen und Freisinnigen bilden in der Wahlbewegung unseres Wahlkreises die Mitte, und da die Mittelstraße zu allen Zeiten die beste gewesen ist, wird es hinsichtlich der Wähler in derart großer Zahl auf sie zu führen, daß Halle endlich die Vertretung im Landtage bekommt, die unserer Stadt ihrem ganzen Charakter und ihrer Bedeutung nach längst schon gebührt: eine Vertretung des bürgerlichen und der freisinnigen Anschauungen auf allen Gebieten der Gesetzgebung und Verwaltung.

## Deutsches Reich.

### Opposition gegen den Versicherungsvertrag.

Nachdem ankündigend der Entwurf über den Versicherungsvertrag sich weit verbreiteter Zustimmung erfreute, entwidelt sich neuerdings eine ziemlich lebhaft entwickelte Opposition, welche richtet sich eher weniger gegen die Einzelheiten des Entwurfs, sondern wendet sich vornehmlich gegen die Bestimmungen, welche die Stellung der öffentlichen Anstalten und Gesellschaften auf dem Gebiete der Feuer-, Hagel-, Vieh- und ähnlicher Versicherungen zum Gegenstand haben. Von der einen Seite wird mit großer Heftigkeit im Namen dieser Anstalten der Standpunkt vertreten, sie gebühren überhaupt nicht unter das Gesetz. Von der anderen Seite wird ebenfalls entschieden dem Entwurf zum Vorwurf gemacht, daß er die öffentlichen Gesellschaften nur teilweise, aber nicht in allen Beziehungen den Bestimmungen der Reichsgesetzgebung unterwerfen wolle. Bei diesem Standpunkt der Meinungen kommen charakteristische Gedanken, aber und Begriffe auf. So haben auf der Versammlung des Schutzbundes deutscher Feuerversicherungs-Interessenten einige Vertreter der öffentlichen Anstalten die bemerkenswerte Erklärung abgegeben, daß die Bestimmungen des Entwurfs für sie zwar annehmbar seien, und daß sie in ihren Statuten sogar weiteregehende Vorrechte zu Gunsten der Versicherer aufzufstellen beabsichtigen, hingegen müßten sie es ablehnen, sich unter die Vorschriften des Reichsgesetzes selbst zu stellen. Es ist zwar nicht unbekannt, daß durch die meisten Gesellschaftsverwaltungen ein partiell-aktiver Geist regiert. Aber ist derjenige aber wohl noch nicht zur Erscheinung gekommen. Gegen den Inhalt der Bestimmungen hat man nichts, man will ihn sogar akzeptieren, das Reichsgesetz aber, welches diese Bestimmungen enthält, will man sich unter allen Umständen vom Leibe halten.

Weshalb den betr. Verwaltungen das Reichsgesetz so schrecklich ist, während sie seinen Inhalt billigen, darüber haben sie sich wie man nach den Berichten annehmen muß, ausgesprochen. Da an den Verhandlungen dieses Schutzbundes auch einzelne Vertreter von kleineren Bundesstaaten teilgenommen haben, so darf angenommen werden, daß auch bei manchen Regierungen eine gewisse Sympathie mit bezüglichen Bestrebungen vorhanden ist. Bei dem starken Einfluß, den die öffentlichen Versicherer ausüben, dürfte es wenigstens auf die Regierungen ausüben, ist das nicht zu verwundern. Wir würden es aber für einigermassen unglücklich halten, wenn deutsche Einzelregierungen sich auf den hochgeschätzten Standpunkt der Direktoren eigener Gesellschaften stellen wollten. Es wird sich sehr, sich betonen zu können, daß es einen extragewöhnlichen Standpunkt aus noch der anderen Richtung gibt und daß auch dieser mit Lebhaftigkeit namentlich im Reichstage vertreten werden wird. Jede Überempörung der Bedingungen auf der einen Seite trägt sich durch Förderung einer ebenso überaus tief hinausgehenden Opposition nach der anderen Seite. Wie bewußt, daß im Reichstage bei diesem Widerstreit der Meinungen diejenige siegen sollte, welche einen tatsächlichen nicht begründeten und berechtigten Partikularismus an der Seite trägt. Es wird auch hier wie auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens auf eine Verständigung unter den Beteiligten gegenwärtiger Standpunkte hinauskommen müssen. Angesichts der, daß der Regierungsentwurf bis vor zweiwochen fast die richtige Mitte eingeschlagen hat, kann zweifellos sein. Das ist eine Frage, die weiterer Diskussion wert ist. Der Heißhorm aber, die entweder nichts oder alles wollen, sollte man veranlassen, sich soweit als möglich zu zügeln, denn ihre Klartätigkeit könnte der langjährigsten Regelung des Versicherungsvertrags nur hinderlich werden.

**Der Ausfall der nächsten Landtagswahlen.**  
Der Misserfolg der Sozialdemokraten bei den Landtagswahlen in Sachsen wird auch in den Parteikreisen offen eingestanden. Die „Saale-Zeitung“ stellt fest, daß die Sozialdemokratie überall abgefallen ist.

„Diese Partei, die bei den Reichstagswahlen von 23 Wahlkreisen 22 eroberte, konnte bei den Landtagswahlen nicht ein einziges Mandat erringen. Wenn wir bei den Reichstagswahlen einen glänzenden Erfolg erzielen konnten, so hätte man bei den Landtagswahlen in der dritten Klasse ein besseres Resultat erwarten dürfen. In den zehn künftigen Wahlkreisen, so in dem 20., der größtenteils zum 11. sozialdemokratischen Wahlkreis gehöret, waren unsere Bemühungen Wilsch ganz vergeblich; fast durchgängig verlor sich an den notwendigen Wahlmännern. Die Wahlbeteiligung in der dritten Klasse betrug in denjenigen Wahlkreisen und auch eine Anzahl einstellten konnte, nicht mehr als 50 v. H.; in den Dresdener Wahlkreisen betrug sie nicht mehr als 30 v. H. In einigen anderen Wahlkreisen lag sie aber nicht auf 20 und 20 v. H. Im Weichselau wurden infolge der geringen Wahlbeteiligung, was heißt alles durch das Versäumen der Arbeiter, in acht Wahlkreisen neben zwei sozialdemokratischen Wahlmännern auch bürgerliche gewählt. Wilsch war die Wahlbeteiligung schwächer als 1897.“

„In der zweiten Wahlklasse (zu der ich die Wähler mit über 2500 M. Einkommen gehöret) sind die sozialdemokratischen Wahlmänner fast durchgängig unzulässig unterlegen.“

„In den stehenden Wahlkreisen wurde, wenn wir jetzt bekannt ist, kein einziger sozialdemokratischer Wahlmann gewählt.“

Und diese vollkommene Niederlage, trotzdem in Sachsen auch bei der Landtagswahl gezielte Wahlbeteiligung stattfand. Jedenfalls aber dürfen sich, wie wiederholt bereits nachdrucklich, was wir bereits im vorstehenden Leitartikel ausgesprochen, die bürgerlichen Parteien in Preußen durch den sozialdemokratischen Misserfolg in Sachsen nicht betören lassen in gründlicher Arbeit und in pflichtgemäßer Wahlbeteiligung, es könnte doch sonst die und da zu unheilvollen Enttäuschungen kommen.

### Politisches.

„Die ministerielle „Saale-Zeitung“ schreibt zu der Behauptung junger liberaler Blätter, die Konterpartien wünschten auch dem Wunsche den Rücktritt des jetzigen Reichstanzlers, weil sie einen „harten Mann“ möchten, der ein scharfes Sozialistengesetz durchsetzen könnte:

„So läßt man heututage wohl kein Wortfall sein, daß es es für möglich halte, ein derartiges Gesetz durchzuführen, denn würde nicht die Zentrumspartei im Wege stehen. Man glaube nicht, daß das Zentrum durch die Abschaffung oder die Forderungen das umgekehrt werden könnte, einen entscheidenden, nicht zu lösenden Kampf gegen die sozialdemokratische Partei mitzuführen zu helfen. Das liegen die parteipolitischen Erwägungen nicht zu. Die Zentrumspartei befinnt sich und verbindet auf das leidenschaftlichste das Zustandekommen eines solchen Gesetzes und hat von jeder gegen alle Maßnahmen gestimmt, durch die die sozialdemokratische oder gewerkschaftliche Bewegung in ihrer Freiheit hätte beeinträchtigt werden können. Der Grund dieses Verhaltens ist sehr einfach: Würde es gelingen, die Unstabilität zu beseitigen, so würden dadurch die bürgerlichen Parteien erheblich an Mandaten gewinnen, ohne daß das Zentrum, dessen Mandate in festen Händen sind, daran zu verlieren hätte. Daraus ergibt sich, daß die Zentrumspartei ihre ausgleichende Stellung im Reiche verliert, die sie lediglich dem Verstande der Sozialdemokratie verdankt.“

Das Saale-Zeitung Blatt hat mit diesen Auslassungen nicht ganz unvorteilhaft. Trotzdem wird man in konservativen Kreisen nicht nachlassen mit den Versuchen, die Regierung zu Ausnahmemaßregeln gegen die Sozialdemokratie zu drängen.

„Wie die „Frankf. Nachr.“ erfahren, schweben gegenwärtig Unterhandlungen, nach denen der Sitz der Regierung von Wiesbaden nach Frankfurt a. M. verlegt werden soll. Die Stadt Frankfurt hat sich bereit erklärt, auf ihre Kosten ein Regierungsgebäude zu errichten und dessen Unterhaltungskosten 20 Jahre lang zu tragen. Da das Regierungsgebäude in Wiesbaden für die wachsenden Bedürfnisse zu klein ist und das Bedürfnis eines Umbaus sich sehr dringend bemerkbar macht, wird die Entscheidung in Wiesbaden. In Wiesbaden bemüht man sich, wie bekannt, auch erstirbt, das Regierungspräsidium zu behalten. Man schlägt dort vor, die alten Gebäude, die einen Wert von 2 1/2 Millionen repräsentieren, niederzulegen, und in der Nähe des neuen Hofbahnhofs einen Neubau zu errichten, dessen Veranschlagung nur 2 Millionen beträgt, wobei dem Staat 2 1/2 Millionen zufließen würde. Vermutlich hängen mit dieser Verlegung auch die Gespräche von dem Rücktritt des Regierungspräsidenten Bosenberg zusammen.

Als Antwort auf die Einführung des Polener Bildungsdenkmals haben die polnischen Sozialisten Polens einen Aufruf in polnischer Sprache veröffentlicht und ihn in der Stadt Posen und Umgebung verbreitet. Es heißt darin:

Die Aufgabe der Denkmal-Errection in Posen ist ein Spott auf die heiligsten Gefühle der polnischen Arbeiterklasse. Das Polener Denkmal wird uns an unsere Pflicht bei dem unheilvollen Kampfe gegen das System mahnen, das man bis jetzt nicht anders, als Bismarck hat schon im Jahre 1848 folgend und trotz der Absolutismus beibehalten, welche diejenigen beflimmt, die auf den Barren des überflüssigen haben „für uns und eure Freiheit“, für die Rechte des Volkes. — Bismarck hat im Jahre 1863 als preussischer Ministerpräsident die Staatsverwaltung mit seinen greisen, das man bis jetzt nicht anders, als Bismarck hat schon im Jahre 1848 folgend und trotz der Absolutismus beibehalten, welche diejenigen beflimmt, die auf den Barren des überflüssigen haben „für uns und eure Freiheit“, für die Rechte des Volkes. — Bismarck hat im Jahre 1863 als preussischer Ministerpräsident die Staatsverwaltung mit seinen greisen, das man bis jetzt nicht anders, als Bismarck hat schon im Jahre 1848 folgend und trotz der Absolutismus beibehalten, welche diejenigen beflimmt, die auf den Barren des überflüssigen haben „für uns und eure Freiheit“, für die Rechte des Volkes. — Bismarck hat im Jahre 1863 als preussischer Ministerpräsident die Staatsverwaltung mit seinen greisen, das man bis jetzt nicht anders, als Bismarck hat schon im Jahre 1848 folgend und trotz der Absolutismus beibehalten, welche diejenigen beflimmt, die auf den Barren des überflüssigen haben „für uns und eure Freiheit“, für die Rechte des Volkes.





# Rotkäppchen-Sekt

Kloes & foerster

Julius Henkenstein,  
Stein H. 1,  
bedeuter Richter-Revisor.

Stenographien, Maschinenschrift,  
lehrt billigt Kursfr. 25. II. 1.

**Schlipse,** anerkannt größte Auswahl bei  
**Otto Blankenstein,**  
Seipalgerstr. 36 (Higorr-Str.)  
Mitglied des Rabat-Export-Vereins.

**Espen-, Pappeln-,  
Weiden-, Linden- und  
Kastanien-Rundholz**  
kamt jederzeit  
**Otto Laddey, Zündwarenfabrik,**  
Wef. n. Weid. Galtg.,  
Gernrode a. Harz.

## Der aufmerksame Beobachter

wird sehr wohl die Vorzüge unserer selbstgefertigten durchaus soliden Möbel, sowie die  
entschieden billigen Preise anerkennen und offerieren wir eigene Fabrikation wie folgt:

1 Aufschliffschrank . . . . .	Mk. 68
1 Aufschliffstisch . . . . .	" 26
1 Stuhl . . . . .	" 18
1 Spiegel mit Schränkchen . . . . .	" 50
1 Divan in Cestline . . . . .	" 60

Mk. 290

Möbel-Fabrik mit Dampftrieb

**Gebr. Kroppenstädt, Gr. Märkerstr. 4.**

## Friedmann & Weinstock

Leipzigerstrasse 13.

An- u. Verkauf von Wertpapieren.  
Einlösung von Coupons.  
Annahme von Spareinlagen.  
Vermietung von Stahlkammer-  
Fächern.

## Zur Herbst- u. Winter-Saison

empfehle mein reichsortiertes Lager in:  
**Herren-, Damen- u. Kinder-Strümpfen**  
eigener Fabrikation aus unterfangenen bewährten Garnen hergestellt.  
**Herren-Socken „Anthropia“,**  
achtinche Bettwäsche für Schwelpher.  
**Trikotagen für Herren, Damen und Kinder**  
in größter Auswahl an billigen Preisen.  
**Wollgarne** in großer Farbenauswahl, von den  
billigsten bis zu den besten Qualitäten.  
Strümpfe zum An- und Nachstricken werden angenommen und  
prompt und sauber ausgeführt.

Bernburger-  
strasse 30. **Eduard Zahden.** Bernburger-  
strasse 30.

**Winterkur. Bad-Nauheim.**  
Thermal-, Sprudel-, Sprudelstrom- und Moorbäder im  
Kontizkyastill. Rheumatismus, Gicht, Herz-, Rücken-  
mark-, Nervenleiden, Skrophulose und Frauenkrankh.  
Die Kurgäste finden im Kontizkyastill und gut eingerichteten Privat- od.  
Gasthäusern Aufnahme. Anskunft: „Kontizkyastill-Verwaltung“

**Tapissiererie.**  
Seige hierdurch den Eingang sämtlicher **Herbst-Neuheiten** an  
und mache sie reichlich auf mich  
**Zeichen-Atelier**  
noch besonders aufmerksam.  
Salle a. E.,  
Leibnizstrasse 26. **Theod. Lühr Nachf.**

**Ebenbürtig**  
den besten Chocoladen-Marken

**Diadem-Chocolade** { „delicat“ Tafel 30 Pfg.  
„superb“ „ 40 „  
„exquisit“ „ 50 „

**Sahne-Chocolade** \* Tafel 30 Pfg.

**Selika-Chocolade** { hellblau Packel 40 Pfg.  
grün „ 50 „  
braun „ 75 „

Fabrikant: Joh. Gottl. Hauswaldt, Magdeburg.

Von heute ab haben wir in Gies-  
leben im „Hotel zum Anker“ eine  
große Auswahl  
**eleganter Reit- und  
Wagenpferde,**  
darunter mehrere paare Hapen  
und Fische.  
**A. Schwabe & Söhne**  
aus Nordhausen.

Vor den Angehörigen verantwortlich: Ernst Köhler in Halle

Jetzt  
Leipzigerstr. 16  
**Christian Voigt.**

**Pelzwaren.  
Hüte.  
Handschuhfabrik.**

**Tanz-Unterricht.**  
Der 1. Winterkurs meines Tanzunterrichts nebst Anleitung über  
Körperhaltung und Umgangsformen beginnt **am Montag den 26. Oktober**  
in den Kaiserhöfen. Mit einbegl. wird die Friseur-Gavotte.  
Gefällige Anmeldungen werden in meiner Wohnung entgegengenommen.  
**Hermann Wipplinger, Tanzlehrer,  
Forsterstr. 50, I.**

**Tanz-Unterricht.**  
Der 1. Winterkurs meines Tanzunterrichts beginnt Ende Oktober  
in den „Thalia-Sälen“, Geißstraße 42a.  
Einzel-Unterricht zu jeder Zeit. Gefällige Anmeldungen erbitet  
**Ad. Fröbe, Büblersstraße 13, part.**

**Mein Tanz-Unterricht**  
beginnt **Montag den 19. Oktober**, abends 8 Uhr im Saal „Wettiner  
Hof“, Mandelbaurstraße 5. Gefällige Anmeldungen erbeten. Probefrei  
frei. Für Kontre- und Quadrille-Sektion werde die Hälfte von Honorar.  
**Otto Kühn, Meißelstraße 13, I.**

Der Frauenverein für Armen- und Krankenunterstützung der  
Johannesgemeinde hält am Montag und Dienstag, 19. u. 20. Oktbr.,  
von 10 bis 12 Uhr im Saal des Ebanzel, Vereinsbauhof, Saal Kon-  
vins, Kleine Marktstraße 16, feinen

**Bazar**

ab. Die zum Verkauf angebotenen Arbeiten sind schon am Sonntag, 18. Oktbr.,  
von 12 Uhr nachmittags an, ebenso am Besichtigung angesetzt. Für Ge-  
schickungen und Unterstützung der Kinder ist reichlich gesorgt.  
Wir bitten diesmal um so dringender unsere geübten Gönner und alle  
die ein Herz für arme Kranke haben, uns durch Einfände unterstützen zu  
wollen, da wir insbesondere eine große Diskonfitur haben anbieten müssen  
und deshalb besonderer Mittel bedürfen, um unsere Verpflichtungen nach-  
kommen zu können.  
Der Vorstand des Frauenvereins für Armen- u. Krankenunterstützung  
der Johannesgemeinde:  
Frau H. Bloßfeld, Frau E. Düh, Frau H. Gaert, Frau G. Graft,  
Frau C. Schulz, Frauen v. Schwarzbauer, Frau G. Stahl,  
Frau J. Stabenhagen, Frau G. Tischer,  
Stadtrat Düh, Herr Tischer.

**Hallescher Frauen-Verein  
für Frauenerwerb und Frauenbildung.**  
Nächstakt für Frauen.  
Mentgetlicher Rat in Rechtsachen wird erteilt jeden Donnerstag, nach-  
mittags 10-12 Uhr. Au der Universität 6. part. Dolefist sind Ehekontrakt-  
Dokumente zu haben.  
Abteilung für Rechtsachen.

**Stellenvermittlung für Hausbeamtinnen  
und Arbeitsnachweis für gebildete Frauen.**  
Für die nächste wird Waise zum Nähen und Ausbessern erbeten;  
Dauarbeiten werden hergestellt; gebildete Frauen finden Beschäftigung.  
Nächst Akt der Universität 6. part. Dienstag, Mittwoch von 2-7 Uhr  
und Freitag 11-12 Uhr. Schriftliche Bewerbungen sind dort abzugeben.  
Abteilung für Arbeitsnachweis.

**Dongemeinde.**  
Unsere Kirchenvorstände finden am Sonntag den 18. Oktober nach dem  
Sonntagsgottesdienst statt. Zu einer Vorbesprechung werden die Mitglieder der  
Gemeinde auf  
Mittwoch den 14. Oktober abends 8 Uhr  
in das Saal. Vereinsbauhof (Konvins) hiermit eingeladen.  
von Holly. Paage. Gaus.

**Kirchen-Wahl.**  
Die wahlberechtigten Mitglieder der St. Moritzgemeinde werden zu einer  
Vorbesprechung Freitag den 16. d. Mis., abends 8 Uhr im „Para-  
dise“ hiermit eingeladen.  
Salle a. S., den 13. Oktober 1903.  
H. Wöblich, Dr. Weinhardt, Hul. Reubner, Alb. Rudolph.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Vertretung  
**Kloss & Foerster**  
c. Halle u. Umgebung:  
**Gustav Moritz senior**  
Weingroßhandlung  
Halle S., Martinsberg 15.

**C. Drebinger, Salle a. E.,  
Paralle 50.**  
gerichtet werde. Exporteur u. Verfeinerer  
empfiehlt hier zur Bekanntheit u. Marktlage  
Branntwein, Gewürzbränden,  
Kornbrennerei, u. Schmalz, Wachs,  
Loh-Verarbeiten, Tuche und St-  
battina von Verfeinerer.

Ziehung 21. und 23. Oktbr.  
zu Berlin im Kaiserhof.  
**Berliner Loose à 1 Mk.**  
d. techn. Commission f. Tabakem.,  
11 Loose 10 Mk., Porto u. Liste 20 Mk.  
Pferde-Gewinne mit 70% d. angegeb.  
Werthes sofort verkauflich gegen  
**Baar-Geld.**

6039 Gewinne im Gesamt-  
werthe von 4  
**100000**  
**110000**  
**16000**  
**15000**  
**14000**  
**23000 = 6000**  
**52000 = 10000**  
**61500 = 9000**  
**21000 = 2000**  
**6000 u. 6244000**  
**20 Fahrräder = 4000**

Loose versendet der General-Debit:  
**Lud. Müller & Co.**  
Berlin, Breitestr. 5. Tel.-Nr. 50.  
Markt 22, Max Stoye, Magdeburgerstr. 68,  
Richard Heinze, Gr. Steinstr. 71, Oskar  
Schröder, Leipzigerstr. 46, Paul Köfel,  
Grosche Ullrichstrasse 26, C. F. G. Kitzing,  
Jacob Plojer, Geiststr. 54.

**Kochbücher**  
empfeht  
**Otto Hendel,**  
Verlagsbuchhandlung, Markt 24.

Exceptionales, 100 St. 10 Mk.  
grobes Bacon, Inbelsch, mild  
**Franz Pennmann,**  
Zinnober-Vertrieb,  
Gr. Ulrichstr. 9, neben Ward in Tour.

**Haben Sie**  
schon meine **Spitzkugeln** (Honig-  
kuchen mit Schokolade überzogen)  
probiert? Ich möchte sie gern als  
Kunden haben  
**Carl Booch,** Breitestr. 1 u. Markt  
Rother Thurm 12.

Kauf  
**KNORR'S**  
Suppen & Hafermehl  
**Knorr's Macaroni**  
Marke „Hahn“  
**Knorr's Eierflüssigkeits-Eier-  
nudeln**  
Marke „Käthchen v. Heilbronn“  
bei **Albert Grimm,**  
am Steg.

**Anskünfte**  
über Geschäfts- und  
Privatverhältnisse  
auf das fe- und A. und an  
besten discret und prompt  
**Beyrich & Greve,**  
Halle a. S., Nr. Ullrichstr. 43. I.  
Fernspr. 9144.

Mit 2 Beilagen.

